

45 Jahre Rosenheimer Forum
für Städtebau und Umweltfragen e.V.

„Bürger schreiben Stadtgeschichte“

Ein Kaleidoskop

Freitag, 24. Juni 2016, um 19:00 Uhr
Städtische Galerie Rosenheim

Zahlreich und vielfältig sind die Arbeitsfelder, auf denen das Rosenheimer Forum für Städtebau und Umweltfragen e.V. seit 45 Jahren arbeitet. Gegründet im Jahr 1971, ist es heute eine der ältesten noch aktiven Bürgerinitiativen Deutschlands. Dieser Zusammenschluss engagierter Bürger setzte von Anfang an auf die Beteiligung am Baugeschehen in der Stadt und im Umland und fordert sie bis heute ein.

Nicht selbstbeweihräuchernd wollen wir das Jubiläum begehen, sondern in lebendiger Form über Herausforderungen reden, vor die uns fast fünf Jahrzehnte Stadtentwicklung gestellt haben. Was haben wir dabei erreicht und was nicht?

Wir laden zu dieser öffentlichen Veranstaltung ein. Der Eintritt ist frei.

Programm

Begrüßung durch Dr. Hermann Biehler

Michael Kleeberger

Beherzte Bürger proben den Aufstand - *Von den Anfängen des Rosenheimer Forums*

Dr. Josef Heringer

Stadt vor den Alpen - *Die Lage Rosenheims im Landschaftsraum*

Hanns Thäle

Wer bestimmt das Denken? - *Von politischen Gruppierungen und wirtschaftsorientiertem Handeln*

Ludwig Gruber

Atomare Aufrüstung vor Ort - *AKW Marienberg und die Kraft des Widerstandes*

Karl Mair

Ring um die Stadtgestalt - *Vom Wert des Schützenswerten*

Peter Schweiker

Was heißt hier verdichten? - *Städtebau im Wandel*

Claudia Grosse

Wenn Bürger sich beteiligen - *Idee und Verwirklichung der Landesgartenschau*

Rainer Heinz

Supermärkte braucht das Land!? - *Nahversorgung und Stadtstruktur*

Musik: Hans Eberle, Cello, und Victor Ruiz, Jazz-Gitarre — Buffet: Hans Anker



nicht ein stiller Bürger, sondern ein schlechter.”

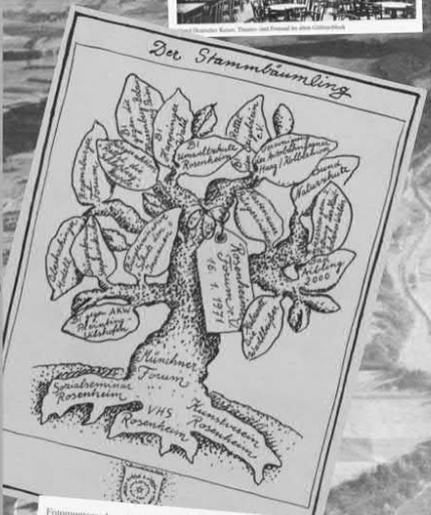
Perikles, um 430 v. Chr.

keinen Anteil nimmt,

an den Dingen seiner Stadt

„Bei uns heißt einer, der

45 Jahre Rosenheimer Forum für Städtebau und Umweltfragen e.V. 1971 bis 2016





45 Jahre Rosenheimer Forum für Städtebau und Umweltfragen e.V. – Eine Einführung

Dr. Hermann Biehler

Das Rosenheimer Forum für Städtebau und Umweltfragen nimmt den Mund wieder mal voll. „Bürger schreiben Stadtgeschichte“ –

„Soweit kommt's noch! Die Entscheidungen trifft noch immer der Stadtrat! Der Bürger wählt lediglich den Stadtrat.“ – Das wird uns immer wieder klar gemacht, wenn wir uns zu städtebaulichen und umweltrelevanten Themen zu Wort melden.

Bürgerschaftliches Engagement darf doch weit mehr sein als – alle 6 Jahre – zur Wahlurne zu laufen, ein Weg, den bei der letzten Kommunalwahl in Rosenheim nur noch 40,8 Prozent der Wahlberechtigten gegangen sind. Selbst für die stärkste Fraktion, die CSU, stimmten demnach nicht einmal 20 Prozent der wahlberechtigten Bürger!

Das bürgerschaftliche Engagement neben dem Wahlgang konzentriert sich – nicht nur in Rosenheim – auf Konkretes, v.a. auf Soziales und Kultur – und darauf können die Rosenheimer auch stolz sein. Aber Interesse an der städtebaulichen Entwicklung der Stadt, am Flächennutzungsplan und an Bebauungsplänen oder gar politisches oder auch parteipolitisches Engagement dafür sind nicht weit verbreitet. Warum das so ist, können wir hier nicht diskutieren. –

Für diejenigen Wenigen, die sich für eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung einsetzen, geht es darum, erstens für die Entwicklungen in der eigenen Stadt Informationen einzufordern, zweitens sich dazu eine eigene Meinung zu bilden und drittens diese Meinung auch zu äußern, und zwar gerade dann, wenn sie mit den Diskussionen und Entscheidungen der Stadträte nicht einverstanden sind. Das ist an die – oft enttäuschte – Hoffnung geknüpft, dass sich die gewählten Bürgerinnen und Bürger mit den Argumenten und Sichtweisen der anderen auch auseinandersetzen.

Der Vorteil engagierter Bürger gegenüber Stadträten ist es, dass sie oft leichter über die Einzelfallentscheidung hinaus auf die großen Entwicklungslinien blicken: - Die Frage nach der Zukunft der Stadt, nach Visionen eines künftigen Rosenheims, nach einem lebenswerten und naturverträglichen Wachstum, auch nach Kehrtwenden in Umwelt-, Energie-, Verkehrspolitik, in der Wirtschaftspolitik spielt so in der Geschichte des Forums immer wieder eine bedeutende Rolle.

Und ein Vorteil der Bürger ist es wohl, dass sie nicht – wie die Stadträte – dem Druck von Einzelinteressen ausgesetzt sind, so dass sie Gemeinwohlziele leichter im Auge behalten können. Deshalb melden sich die „einfachen“ Bürger meist dann zu Wort, wenn das Gemeinwohl zu kurz zu kommen droht.

Anerkennung der Gewählten darf man für ein solches Engagement nicht erwarten. Man wird eher als Störenfried, als Querulant, als Fundamentalist, als Spinner, als Weltverbesserer, früher auch als 5. Kolonne Moskaus, wahlweise als linke oder



grüne Hilfsorganisation wahrgenommen und auch so bezeichnet. Trotz alledem: Wir halten unser Engagement für notwendig und – wie gesagt: wir nehmen den Mund voll – wir halten unser Engagement in Teilen auch für erfolgreich: Manches Engagement der letzten 45 Jahre hat zu Erfolgen geführt, die wir uns selten ganz alleine auf die Fahnen schreiben wollen, Manches hat zu Frustration geführt, Vieles ist in ein wiederkehrendes Ringen um die Priorität von Einzelinteressen und Gemeinwohl gemündet. Bürger schreiben so tatsächlich an der Stadtgeschichte mit.

Wozu kann ein Rückblick auf 45 Jahre Vereinsgeschichte dienen? Es sollte klar sein, dass uns Selbstbeweihräucherung fern liegt, dass auch keine „Abrechnung“ mit irgendjemandem geplant ist, kein Dampfablassen. Wenn wir zurückliegende Konfliktthemen und die dazugehörigen Diskussions- und Entscheidungsprozesse reflektieren, so erhoffen wir uns davon Fingerzeige für unsere Auseinandersetzungen heute. Was war in der Vergangenheit hinderlich oder förderlich für die politische Kultur in Rosenheim? Sind wir fähig, aus der Vergangenheit für die Gegenwart zu lernen? Was dürfen wir an zeitlosen Werten nicht vergessen, wenn wir heute an der Veränderung der Stadt mitwirken wollen?

Der heutige Abend wird das nicht klären. Er kann nur Anstöße geben, Denkanstöße und Diskussionsanstöße.

Der Blick zurück kann nicht objektiv sein im Sinne von: „So war's und nicht anders!“ Die Referenten des heutigen Abends werden in aller Kürze und schlaglichtartig Themen vorstellen, die für ihre Arbeit im Forum und in der Stadt besonders wichtig waren oder sind. Sie stellen ihre subjektiven Erfahrungen, Wahrnehmungen und Einschätzungen vor. Ich glaube, Sie dürfen wirklich interessante Beiträge und Ansichten erwarten. Und – auch das werden sie schnell merken – es gibt dabei auch unterschiedliche Auffassungen. Das Forum verordnet keine Einheitsmeinung, keine Partei-Linie, sondern versucht, unterschiedliche Sichtweisen aufzugreifen und zu diskutieren.

Lassen Sie mich noch dafür danken, dass dieser abendliche Rückblick zustande kommt: Zuallererst den Referenten, die sich bemüht haben, die wichtigen Punkte für kurze Vorträge zu kondensieren, allen Anderen, die an der Vorbereitung beteiligt waren wie Rainer Dillen und Gisa Prokop. Dank an dieser Stelle auch an Frau Engmann von der Städtischen Galerie und an Frau Buddenberg und Frau Hartung vom Stadtarchiv für ihre Unterstützung. Und Dank auch anderen Organisationen, mit denen wir in der Vergangenheit und Gegenwart an einem Strang ziehen und uns so gegenseitig stärken. Dank also an den Bund Naturschutz, den Solarförderverein, an RoRegio, an das katholische Bildungswerk, die Stadtbibliothek – und auch einige nicht namentlich genannte Personen in der Verwaltung und im Stadtrat. Diese Aufzählung ist nicht vollständig.



Bevor wir zu den Vorträgen kommen, muss ich noch einige organisatorische Dinge mitteilen:

- Wir haben nicht die Zeit, die einzelnen Beiträge zu diskutieren. Wir glauben, dass Sie reichlich Gesprächsstoff am Ende der Veranstaltung am Büffet haben. Ihre Rückmeldungen nehmen wir auch gerne auf, um vielleicht unsere weiteren Diskussionen im Forum zu strukturieren und um zu Streitthemen gesonderte Veranstaltungen durchzuführen.
- Wir haben die rechtzeitig eingegangenen Referate zusammengefasst und kopiert. Am Ende der Veranstaltung können Sie gerne ein Exemplar davon mitnehmen. Vielleicht erhöht das nebenbei Ihre Bereitschaft, einen freiwilligen Unkostenbeitrag am Ausgang zu spenden – oder gar eine Beitrittserklärung zu unterzeichnen. Formulare gibt es bei den Stellwänden.
- Da wir keine Pause machen, haben wir Wasser für Sie bereitgestellt, damit Sie bis zum Büffet zum Abschluss des Abends gut durchhalten.
- Wir haben – trotz acht Beiträgen – einige wichtige Themen nicht auf der Tagesordnung. Die Verkehrspolitik hat das Forum eigentlich immer beschäftigt. Heute streifen die Beiträge das Thema nur am Rande. Letzte Woche war die Informationsveranstaltung der Stadt zum Verkehrsentwicklungsplan und morgen findet dazu ab 10 Uhr im Kuko das Forum für Bürger und NGOs statt. Warten wir ab, was sich da abzeichnet. Und ich fordere Sie auf, gehen Sie hin. Hier bietet die Stadt – etwas kurzfristig angekündigt – die Möglichkeit, Meinungen einzubringen – und zwar, das ist nicht selbstverständlich, bevor der Stadtrat entscheidet.
- Wir haben noch einige Stellwände bestückt, z.T. ergänzend zu den Referaten, z.T. mit Ereignissen aus der Geschichte des Forums. Da gibt es noch manches Überraschende, Kuriose, Absurde und Erfreuliche zu entdecken.
- Wir haben zwischen den Beiträgen zwei weitere musikalische Darbietungen von Hans Eberle und Victor Ruiz vorgesehen, eine weitere am Ende der Veranstaltung.
- So, jetzt freue ich mich, dass der 2. Bgm. der Stadt Rosenheim, Herr Heindl, noch ein kurzes Grußwort an uns richtet. Das ist nicht selbstverständlich, sondern als Zeichen zu werten, dass der Gesprächsfaden zwischen Stadt und Forum nicht ganz abgerissen ist. Danke für Ihr Kommen, Herr Heindl. Sie haben das Wort.



Beherzte Bürger proben den Aufstand

Michael Kleeberger

„Beherzte Bürger proben den Aufstand.“ Ich sehe die Zeit der Forumsgründung nicht so sehr als Aufstand. Und beherzt schon gleich gar nicht.

Zu Beginn meines kurzen Rückblicks wage ich folgende Behauptung:

1. OB Gabriele Bauer scheint mir eher ein Glücksfall für Rosenheim zu sein.
2. OB Michael Stöcker war unter Diethard Schinzel auch eher ein Glücksfall für Rosenheim.
3. Der bis 1977 amtierende OB Albert Steinbeißer hat sich um Rosenheim in vielen Bereichen verdient gemacht, war für die städtebauliche Entwicklung Rosenheims aber eher ein Unglück.

Für letztere Behauptung einige wenige Beispiele:

- Beginn der Zerstörung des Gillitzerblockes durch das Herausbrechen des Kaufhauses „Wilhelm“ und Bau eines schrecklichen Karstadtgebäudes, dessen Fassade erst später etwas erträglicher umgebaut wurde.
- Bau eines Hochhauses außerhalb jeder vernünftigen Maßstäblichkeit mitten im Stadtzentrum.
- Planung einer „Zigarrenkiste“ auf der jetzigen KU`KO-Tiefgarage als „Stadthalle“.
– Ich habe dazu damals meinen ersten Leserbrief geschrieben.
- Geplanter Ausbau der Prinzregentenstraße zu einer echten „Bundesstraße“ durch erhebliche Verbreiterung der Straße und einhergehende Fällung aller Alleebäume.
- Abbruch des „Benefiziatenhauses“ am Riedergarten in einer Nacht- und Nebelaktion und Asphaltierung der Gehwege (teilweise dann verhindert!).

Die Aufzählung könnte beliebig fortgesetzt werden.

Dies vorausgeschickt, nun einige Worte zum Thema „Forumsgründung“: Wie habe ich die 69er und 70er Jahre persönlich erlebt?

Die Forumsgründung war eng mit meinem persönlichen Leben verbunden. 1968 kandidierte ich auf Drängen von Gartner Alois als Lückenfüller auf der CSU-Stadtratsliste auf Platz 28 und landete auf Platz 20. Infolge des Todes von Josef Wittmann und des Wegzugs des ersten Nachrücker Hans Putz rückte ich bereits im Juli 1969 32-jährig in den Stadtrat nach.

Ich gab mich dem Trugschluss hin, nun an der städtebaulichen Entwicklung Rosenheims etwas mitbestimmen zu können. Ich war total unerfahren. So erlebte ich in den wöchentlichen Fraktionssitzungen, dass alle CSU-Stadträtinnen und Stadträte dem OB Steinbeißer völlig hörig waren und seine Vorgaben ohne Wenn und Aber akzeptierten. Ich war als Andersdenkender allein und ging nach jeder Fraktionssitzung frustriert nach Hause.



Ich überlegte: Warum macht der Steinbeißer eine so Einwohner-unfreundliche und von persönlichen und geschäftlichen Interessen durchsetzte Städtebau-Politik? Meine Überlegungen gingen in die Richtung, dass ihm als ehemaligem Kriegsrichter wohl die ethischen Grundlagen für eine bessere Politik fehlten. Im Hitler-Regime wurden diese ja mit Füßen getreten.

Ich konnte also mit meinen Vorstellungen kaum etwas ausrichten, gab aber nicht auf, sondern dachte an neue Kandidaten bei der nächsten Stadtratswahl 1972. Da waren aber noch 3 Jahre allein durchzustehen. Ich brauchte also schnell Hilfe von außen!

Ich lernte eine Reihe von Leuten kennen oder kannte sie schon, die wegen der Steinbeißerschen Politik ähnlich dachten wie ich und ähnliches Unbehagen hatten. Dazu zählten z.B. (ohne dass diese Namen vollständig sind):

- Dr. Karl Feichtinger, Stadtrechtsrat und Vorsitzender des Kunstvereins,
- Reg. Baumeister Dr. Hilmar Mund von der Fachhochschule,
- Oberstudienrat Hans Ziegler vom Finsterwalder-Gymnasium,
- die Künstler Josef Hamberger und Rainer Dillen
- und eine ganze Reihe anderer Persönlichkeiten.

Dieses Unbehagen wollte ich bündeln und kam mit Dr. Feichtinger als Vorsitzendem des Kunstvereins überein, zusammen mit dem Sozialeseminar, dessen Vorsitzender ich war, in der Städtischen Galerie Gespräche für Interessierte über „Stadtplanung in Rosenheim“ anzubieten. Diese begannen am 26. Juni 1970 – also fast genau vor 46 Jahren - . Es waren erinnerlich viele Leute da.

Als Folge dieser Gespräche luden der Kunstverein und das Sozialeseminar zu einem Diskussionsabend am 14. September 1970 in den Unterrichtsraum des Sozialeseminars im Kolpinghaus ein. Dort sollten die Möglichkeiten der Gründung eines „Städtebau-Forums“ erörtert und die Durchführung einer Vortragsreihe vorbereitet werden. An diesem Abend kam es dann bereits zur Forumsgründung.

Für die vorläufige Forumsleitung wurden Baudirektor Georg Thomas vom Landbauamt, Hans Ziegler und Michael Kleeberger gewählt mit dem Auftrag, die Gründung eines „eingetragenen Vereins“ vorzubereiten. Ludwig Weinberger – damals noch Ludwig Weinberger junior – wurde zum Pressereferenten bestellt.

Dies alles geschah unter Einbindung Steinbeißers. Am 14. September 1970 hatte ich noch nachmittags ein längeres Gespräch mit dem OB mit 6 Tagesordnungspunkten, u.a. die Forumsgründung, die Einstellung eines Baudirektors, die Umwandlung der Königsschule in ein Bildungszentrum für Erwachsene u.a.

Wir wollten nicht den „Aufstand“ proben, sondern Steinbeißer für unsere Vorstellungen gewinnen. Steinbeißer bestritt sogar einen Vortragsabend am 28. Oktober 1970.



Am 16. Januar 1971 wurde dann im kleinen Saal des Kolpinghauses der eingetragene Verein „Rosenheimer Forum für Städtebau und Umweltfragen“ gegründet und die Eintragung in das Vereinsregister beim Amtsgericht Rosenheim beantragt. Ich kandidierte nicht mehr für die Forumsleitung. Meine Geburtshelfer-Aufgabe war erfüllt. Ich brauchte ja als Stadtrat Hilfe von außen.

Als Forumsleitung wurden gewählt:

- Dr. Hilmar Mund
- Hans Ziegler
- Direktor Georg Thomas

Schriftführer wurde Dr. Eugen Weigl, Kassier wurde Baurat Schuster.

In den Arbeitsausschuss wurden gewählt:

- Iris Trübswetter und die Herren
- Josef Heringer
- Hanns Thäle
- Horst Haffner
- Werner R. Hofmann
- J. F. John
- Josef Hamberger
- Josef Kronast
- Manfred Lerche
- Dieter Havenstein
- Hans Paul Flemming

In der Zwischenzeit haben sich die Vorbehalte gegen das „Mitreden“ der Bürger bei OB Steinbeißer verdichtet. Er betrachtete das Ganze nicht mehr als „Hilfe“, sondern als „Gegnerschaft“. Leider.

Doch ich hatte als Stadtrat – um auf den Eingang zurückzukommen – eine lautstarke Unterstützung aus der Bevölkerung, allerdings zunächst noch ohne erkennbare Konsequenzen bei den anstehenden Entscheidungen.

Vom OVB (Max Spötzi) hatten wir keine Unterstützung. Ich darf aus dem Neujahrswunsch des „Wurzelsepp“ zitieren:

„Dem Rosenheimer Stadtrat wünsch i einen Architekten, der wo einen Plan zammbringt, der wo an Dr. Steinbeißa genau so guat gfallt wie an Stadtrat Kleeberger, damit endlich der Kindergarten in Happing baut wern ko.“

Dies änderte sich erst 1972 nach den Stadtratswahlen. Durch die neue Zusammensetzung wurde der Spielraum Dr. Steinbeißers etwas geringer. Und es war ein Glück für Rosenheim, dass Albert Steinbeißer 1977 nicht mehr als OB kandidieren konnte.



Rosenheims Lage in Großraum, Landschaft und Region

Dr. Sepp Heringer

Der Süden ist es, der der Landschaftsgestalt des Raumes, der unserer Stadt Rosenheim Verortung und Identität gibt. Noch vor der prägenden Eiszeit war es der Schub des afrikanischen Kontinentes nach Norden, der hier kalkreichen Meeresboden hob und zur Alpenfaltung führte. Was für eine kreative Idee unseres Schöpfers, unserem Landschaftsraum eine derart faszinierende Gebirgs-Kulisse zu schenken? Deutschlands geographische Widerlager von Meeresstrand und Alpenrand finden hier augenfällig den südlichen Pfeiler. Der mächtige Inngletscher hat das Rosenheimer Stammbecken in mehreren Vorstößen ausgeräumt und eingetieft, seine Spuren finden sich noch in den Eisresten der Hochalpen. Der Inn und seine reichlichen und kühlen Fließgewässer zeichnen bis dato seinen Weg und öffnen durch ihr Tal spaltenhaft den Blick durch die Alpenkulisse nach Süden. Der Großvenediger trägt seinen Namen nicht zufällig.

Vom riesigen Rosenheimer Gletschersee, der bis Wasserburg reichte, haben sich nur die nordöstliche Inngletscher-Furchen des Simssees und Hofstätter-Sees erhalten. Auf dem Seeboden bildete Gletschertrübe mächtige Tonlager, die Grundlage einer großflächigen Vermoorung um Nickelheim-Feilnbach wurden. Der Torf war lange Zeit eine wichtige fossile Energiequelle für Rosenheims Saline, die das „weiße Gold“ der Alpen veredelte. Ton wurde in gebrannter Form als Backstein (Ziegelberg) neben Konglomerat-Gestein (versinterter Moränen-Kies) wichtigste Materialquelle für Rosenheims Bausubstanz. Auf dem Schwemmlandkegel, den die Mangfall von Westen her gegen den Inn vorschob, fand das historische Rosenheim zwischen Fürstätt, Roßacker-Höhe, dem „Wasen“ von Pang seinen Platz. Noch heute spielen die Kiese und Sande der Fluß- und Moränen-Ablagerung eine wichtige Rohstoff-Rolle.

Das breite Inntal eröffnete zu Wasser und zu Land schon in antiker Zeit gute Handelsbeziehungen zum hochentwickelten Raum jenseits der Alpen. Salz, Holz, Montan-Produkte sowie „Venedigerware“ wurden auf dem Inn in den Donaauraum verfrachtet und beeinflussten auch den Innstadt-Stil Rosenheims. Neben der Süd-Nord-Verbindung war auch die Ost-Westverbindung zwischen dem römischen Augusta Vindelicorum (Augsburg) und Juvavum (Salzburg) von Bedeutung. In Pons oeni (Langenpfunzen) überquerte sie den Inn, die Grenze zwischen den römischen Provinzen Rhätien im Westen und Noricum im Osten.

Was will dies bedeuten? Die Lage Rosenheims ist sowohl landschaftsgeschichtlich wie historisch fast gleichmäßig sowohl nach Süden, wie Norden, Osten und Westen ausgerichtet. Zeugnis davon gibt davon auch die potenziell-natürliche Vegetation. Bis etwa zum Inn reichen südostlich-kontinental geprägte Einflüsse (Schneerose, Alpenveilchen, Ungarischer Enzian, usw.) Der Süden ist durch die Klimagunst des Inn-Föhntors von Nussdorf bis Feilnbach wirksam (z.B. Edelkastanien in Neubeuern, Sadebaum am Heuberg) und der Nord-Westen ist mit seinen „windigen“, atlantisch-humiden Einflüssen präsent.



Die Metropol-Region München-Salzburg-Landshut – auch Innsbruck - hat im Oberzentrum Rosenheim seine landschaftsgeografische Mitte. Die landgebundenen Verkehrsströme zeichnen diese Lage deutlich nach.

Mit der Alpenkette im Hintergrund, dem vielgestaltigen Seen-, Moor- und Moränen-Umland und der günstigen Verkehrslage hat Rosenheim einen Standortvorteil, der u.a. auch die Tourismus-Wirtschaft sehr begünstigt und die Stadt dem gegebenen Freizeitwert außerordentlich attraktiv ist.

Alles in allem – Rosenheim besitzt ein besonderes Naturpotenzial und eine außerordentliche Lage-Gunst, die nicht ab-, sondern zunimmt. Die Kunst des lokal-regionalen Raumordnens und Regierens ist es, diese enormen Vorzüge in Wert zu setzen –statt sie des raschen Bedeutungs- und Gewinnstrebens wegen zu verwerten. Die natürlichen Ressourcen sind kein Verbrauchsgut.

Das Forum für Städtebau- und Umweltfragen hat dies bereits vor 45 Jahren deutlich erkannt und entsprechende Perspektiven entwickelt, so in der Schrift „Was kann und was soll aus Rosenheim werden?“

Wünschenswerte Inwertsetzung von Landschaft und Lage

Das natürlich Gegebene soll das Gesicht und Funktion einer Stadt prägen und Grundlage überzeugender Stadtentwicklung sein. Folgende Elemente verdienen Berücksichtigung und fördern die Eigenart unserer Stadt:

- **Die Topographie ist das Profil der Erde**, das sich in Hügeln, Terrassen, Tälern usw. äußert. Die letzten Reste dieser „Sprache der Erde“, die Hügel, Hangkanten, Terrassenränder sollten gesichert werden. Die Rolle der „Schöne Aussicht“ am Westrand des Rosenheimer Beckens z.B. nötigt zu „guter Einsicht“ in die städtische Profilpflege.
- **Das Element Fließgewässer ist das Adersystem des Stadtgebiets**. Von den Stadtbächen bis zu Inn, Mangfall, Kalten usw. ist das Adersystem vermehrt freizulegen, offen zu halten und zu renaturieren. Die Gartenschau war ein guter Ansatz in diese Richtung.
- **Das Auenland entlang der Flüsse ist frei zu halten**, nicht nur des Naturhaushaltes, sondern auch verstärkter Hochwässer wegen. Der Klimawandel wird mit Sicherheit das Abflußverhalten der Flüsse und Bäche aggressiver machen. Wasser braucht vermehrt Raum.
- **Boden ist unvermehrbar - über die agrarische Nutzung auch „kostbar“**. Nahrungsproduktion „vor der Haustür“ ist auf Dauer wichtiger als Gewerbe-Produktion. Dem maß- und sinnlosen Bodenverbrauch durch Verkehrsbauten, Siedlung, Gewerbe und Industrie ist zu wehren.
- **Das Stadtklima in der Beckensenke braucht offene Frischluftzufuhr** z.B. über den Fürstatter-Grünkeil, über die Fluß- und Bachauen. Die Atemwege der Stadt sind Grundlage eines gesunden Gemeinwesens. Wälder dürfen nicht durch Verkehrs- und Gewerbenutzung entwertet werden.



- **Das Stadtgrün braucht Anschluß an die potenziell-natürliche Vegetation.**

Es ist nicht nur Augenweide für den Menschen, sondern auch Lebensraum für eine Tierwelt, die unser Ökosystem mitträgt. Die zunehmende Versteinung von Grünflächen mindert deren Biotop-Wertigkeit.

Resümee:

Rosenheim ist vom Naturpotenzial und seiner geographischen Lage her außerordentlich begünstigt. Das bringt große Chancen aber auch Gefahren mit sich. Deshalb kann und sollte Rosenheim wählerisch sein. Ein Wachstum in die Größe und Menge folgt zwar dem Trend, doch dieser Weg führt ins „Aus“.

Die Stadt ist nicht da um „Zuhälter“ für Dieses und Jenes des vermeintlichen Fortschrittes zu sein. Nur was flächensparend, ressourcenschonend, sozial-innovativ und heimatstiftend ist, sei ihr willkommen auf dem Weg in eine gedeihliche Zukunft.

„Es ist unsere Berufung Lebensqualität zu planen, zu bauen, weiterzudenken und gestaltend zu erhalten – um vor denen zu bestehen, die dereinst unser sichtbar gewordenes Tun erben müssen (Heinrich Dietz).

Was wir im Auge haben, das prägt uns, dahin werden wir verwandelt. Wir kommen dorthin, wohin wir schauen (Heinrich Spaemann).

„Das was wir heute sind, folgt aus den Gedanken, die wir gestern pflegten und unser gegenwärtiges Denken baut unser Leben, wie es morgen sein wird“ (Gautama Buddha).



Wer bestimmt das Denken?

Von politischen Gruppierungen und wirtschaftsorientiertem Handeln

Hanns Thäle

Meine beiden Vorredner haben den politischen und den räumlichen Wirkungskreis des Forums abgesteckt. Ich versuche die Interessen und damit das Denken der Verantwortlichen und der Bürgerschaft unserer Stadt darzustellen.

Vertreten bzw. „regiert“ werden wir von den jeweils gewählten Bürgern, unterstützt von den jeweils zuständigen Ämtern bzw. Verwaltungen. Und obwohl im Bayerischen Kommunalwahlgesetz von Parteien und Wählergruppen die Rede ist, wenn es um die Aufstellung von Kandidaten für unsere Gemeinde-, Kreis- und Stadtparlamente geht, werde ich im Folgenden den Begriff Parteien vermeiden, weil ich der festen Überzeugung bin, dass diese in kommunalen Gremien unserer Größenordnung, ich betone: unserer Größenordnung, nicht übergewichtig werden sollten.

Unsere kommunalen Gremien sind Selbstverwaltungsorgane, die sich um ihre Aufgaben vor Ort kümmern, nicht mehr und nicht weniger. Ihre Mitglieder handeln, jedes für sich, eigenverantwortlich, nach besten Wissen und Gewissen und sollten Verantwortungen nicht anderswoher beziehen oder woanders hin übertragen, ein Beispiel:

Vor der letzten Stadtratswahl 2014 haben sich mehrere Vereine, unter anderem das Rosenheimer Forum, zusammengetan und einen sogenannten Wahlomat erarbeitet. Sie haben also eine Reihe von Fragen zur künftigen Stadtentwicklung aus den Bereichen Verkehr, Wohnungsbau, Gewerbe, Naturschutz, Energieversorgung usw. formuliert, diese an alle Kandidaten der einzelnen Gruppierungen versandt und um das Ankreuzen von möglichen Antworten gebeten. Unter den eingegangenen Rückmeldungen war keine einzige von Kandidaten jener Gruppierung, die zu dieser Zeit in Rosenheim die Mehrheit im Stadtrat bildete. Es gab lediglich eine Stellungnahme zu den Themenbereichen, mit dem Hinweis, die Fragen seien nicht eindeutig zu beantworten. Ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, dass diese 44 Mitbürger aus eigener Überzeugung, jeder für sich und ohne Not, zu dieser skandalösen Verweigerungshaltung gekommen sind.

Ein Ausspruch des ehemaligen CSU-Bürgermeisters von Landshut, Josef Deimer, der kürzlich 80 Jahre alt wurde, und mit dem das Forum eine Art Seelenverwandtschaft verbindet, erklärt womöglich das Phänomen: „Dort wo alle gleich denken, denkt niemand viel.“

Und natürlich gibt es Zusammenhänge zwischen dem opportunistischen Verhalten von Einzelnen oder Gruppen und wirtschaftsorientiertem Handeln. Dieses wird in unserer Stadt traditionell stark geprägt - nomen est omen - vom „Wirtschaftlichen Verband der Stadt und des Landkreises Rosenheim“. Vergleichbare Organisationen



gibt es in vielen Kommunen, dagegen ist nichts zu sagen und: Wenn Herbstfest, Christkindlmarkt und Autosalon brummen, geht es uns scheinbar gut.

Bedenklich wird es aber, wenn eine Apotheke und ein Schuhgeschäft öffentlich als Trittbrettfahrer bezeichnet werden und, Zitat: „Schwarze Löcher, die sich wie ein Krebsgeschwür in das Stadtbild fressen“, nur weil sie sich nicht an der Weihnachtsbeleuchtung beteiligen.

Was das wirtschaftsorientierte Handeln angeht, gibt es ohnehin zwei unterschiedliche Philosophien:

- Die einen sagen: Wenn wir als Stadt erst einmal genug Geld haben, sprich: genug Steuern eingenommen haben, können wir die Ansprüche unserer Bürger erfüllen, also: Wirtschaften auf Geld komm raus. Das führt dazu, dass der überbordende Einfluß von Investoren bzw. des sog. freien Marktes überhand zu nehmen droht, aktuelle Beispiele:
Das sog. Nahversorgungszentrum Nord oder die Stellplatzzugeständnisse bei der Bebauung westlich des Bahnhofs.
- Die anderen sagen: Wenn wir unsere Stadt lebens- und liebenswert gestalten und die Bürger sich wohl fühlen, sprudeln die Geldquellen wie selbstverständlich von alleine.

Ich persönlich tendiere zu letzterer, gibt es doch vorzeigbare Beispiele in unserer nächsten Umgebung.

Die Entwicklung unserer Stadt wird besonders stark bestimmt von der Rolle, die die Mobilität, vor allem der motorisierte Straßenverkehr spielt. Ich glaube nicht, dass es auf Dauer gut geht, wenn wir diesem weiterhin den Vorrang einräumen.

Eine Ausstellung über Kopenhagen, die kürzlich im Rathausfoyer gezeigt wurde, einer Stadt mit einem Anteil am Fahrradverkehr von ca. 40 % und einem blühenden, auch wirtschaftlich aufblühendem Leben, wird amtlich damit kommentiert, Kopenhagen könne nicht als Blaupause für Rosenheim verwendet werden, mit anderen Worten: weiter so wie bisher: Auto, Auto, Auto. Ich hätte mir einen Kommentar gewünscht, wonach sich unsere Stadt trotz des Größenunterschiedes zu Kopenhagen einiges abpausen könnte.

Auch die Energiepolitik ist Sache der Selbstverwaltung einer Kommune, auch wenn in letzter Zeit landauf, landab ein anderer Eindruck entsteht. In Rosenheim werden einschlägige Fragen ausschließlich dem Energieversorger Stadtwerke überlassen. Bei aufkommenden Diskussionen wird schnell auf deren alleinige Zuständigkeit verwiesen, weil sie offensichtlich wirtschaftlich erfolgreich sind. Doch zum Geschäftsmodell der Stadtwerke gibt es durchaus unterschiedliche Betrachtungsweisen. Liebe Stadträte, hört euch auch andere Meinungen an und gebt das Heft nicht freiwillig aus der Hand!



2012 wurde das Projekt „Rosenheim 2025“ mit großem Elan gestartet. Bürger, Experten und Stadtrat sollten gemeinsam eine zukunftsfähige Vision für die Stadt erarbeiten. Hearings und Workshops wurden veranstaltet, eine Menge Protokollpapier produziert. Im Sinne Roman Herzogs sollte ein Ruck durch Rosenheim gehen. Doch erst nach nunmehr 4 Jahren zeigen sich wieder zaghafte Ansätze, den Prozess weiterzuführen. Das sieht aber eher nach leidiger Pflichterfüllung aus. Wir kennen das aus den 60er und 70er Jahren, als die Stadt gehalten war, einen Flächennutzungsplan aufzustellen. Aus dem wurde lange nichts, weil eine ausschließlich wirtschaftsorientierte und bisweilen fraktionsübergreifende Mehrheit keinerlei Interesse zeigte, das Spiel der freien Kräfte zu kontrollieren und in zuträgliche Bahnen zu lenken.

Und selbstverständlich beeinflusst die örtliche Presse das kommunale Denken, insbesondere durch sorgfältig ausgewählte Berichterstattung. Ich würde mir wünschen, dass nicht nur Geschichten aus dem Gerichtssaal, Unfallberichte, Katzenschicksale aus dem Tierheim, serienweise selbstlose Übergaben von Spendenschecks im Großformat, Veteranengalerien und Hofberichterstattung mit Kuschelfaktor die täglichen Ausgaben dominieren, vom Überangebot des Sports ganz zu schweigen. Vielmehr könnte ich mir eine regelmäßige Rubrik vorstellen, die das wirkliche Geschehen in unserer Stadt und deren Umland auf lebendige Weise wiedergibt und kritisch begleitet. Das kann auch unterhaltsam und sogar Absatz-fördernd sein.

Ich habe in der knappen Zeit anhand von ein paar wenigen Beispielen versucht, deutlich zu machen, wie politische Gruppierungen bei uns agieren und wer das Denken bestimmt. Wir sollten es nicht den Pferden überlassen!

Mit Siegi Zimmerschied möchte ich schließen und das jeweilige Ende seiner legendären Passau-Schelten sinngemäß übernehmen:

**Du Rosenheim, Du selber, Du bist uns doch nicht böse, Du doch nicht,
weil Dich, Dich mögen wir ja.**



Atomare Aufrüstung vor Ort

AKW Marienberg und die Kraft des Widerstandes

12 Kernsätze

Ludwig Gruber

1. Das Forum hatte mehr oder weniger von Anfang an zwei wichtige Lehrmeister:
 - Architekt Schoener-Fedrigotti aus Oberhaching. Sein wichtigster Leitsatz war: „Am Anfang braucht es immer eine Idee oder eine Vision. Nur wer diese zu Ende denkt, kann politisch und gestalterisch sinnvoll handeln.“
 - Robert Jungk, Zukunftsforscher aus Salzburg: Der Erfinder der „Zukunftswerkstatt“ zeigte uns, wie Visionen in konkrete Politik umzusetzen sind.
2. Zu Beginn der Siebzigerjahre, also in der Gründungsphase des Forums war einer OB in Rosenheim, der viele Dinge nicht zu Ende dachte: Dr. Albert Steinbeißer. Er behauptete: „Wie das Problem des Atommülls zu lösen ist, steht heute schon fest ... Die Ablagerung in Salzbergwerken hat sich absolut bewährt.“ Das hat den Widerstand des Forums sehr beflügelt.
3. Beim Bürgerfest in Marienberg 1979 schießen Zivilfahnder aus dem Gebüsch Porträtfotos von Teilnehmern, um sie „zu erfassen“. Ein etwas eigen-artiger Foto-Atommüll, der möglicherweise noch heute in irgendwelchen staatlichen Archiven lagert.
4. Im März 1972 treffe ich im Haus von Josef Hamberger in Rosenheim auf eine kleine Gruppe des Forums, die an einer Vision für eine nachhaltige Energiegewinnung ohne AKW Marienberg arbeitet. Ihr gehören an: Lore und Josef Hamberger, eine Schafbäuerin aus Westerndorf-St. Peter, Elisabeth Stechl aus Rosenheim, Konstantin Huber aus Bad Endorf, Kreisvorsitzender des Bundes Naturschutz. Für Überlegungen zur Stromgewinnung aus Sonne und Wind werden sie nur belächelt.
5. Ziel der stetig wachsenden Arbeitsgruppe „Atomenergie“ ist es, die zunächst geheimen Pläne der Staatsregierung für Marienberg öffentlich zu machen und Aufklärung zu betreiben. Veranstaltungen mit namhaften Wissenschaftlern, Politikern, Philosophen usw. werden vorbereitet; unzählige Leserbriefe werden geschrieben. Ein Netzwerk mit anderen Gruppierungen, wie Bund Naturschutz, „Eltern gegen Atomkraft“, „Christen für Umkehr“, rosolar, Bildungswerk und anderen wird geknüpft. Lisl Stechl wird mehr und mehr zur zentralen Person des Widerstandes. Sie knüpft auch Kontakte nach Kalkar, Kufstein und Salzburg.
6. Hans Graf Huyn, im Landkreis Rosenheim wohnender CSU-Bundestagsabgeordneter, bezeichnet 1981 „alle Anti-Atom-Kampagnen als von den Sowjets geschürt.“ In einer OVB-Kolumne spricht er deshalb dem Forum jede demokratische Legitimität ab. Das Forum antwortet in der Sternstraße Nr. 1 mit einem öffentlichen „Moskauer-Leberkäs-Essen“ mit Jazzmusik als Sonntagsmatinee.
7. Rainer Dillen gestaltet einen Autoaufkleber, der in ganz Deutschland Verbreitung findet. Viele Atomkraftgegner bekennen sich so – von Rosenheim ausgehend – öffentlich zu einem Politikwechsel.



8. Ein ebenfalls von Rainer Dillen gestaltetes Plakat „Sind auch Sie ein Allesfresser?“ findet große Verbreitung und erfährt wegen der starken Aussagekraft hohe Anerkennung. Es ist heute Bestandteil des Historischen Deutschen Museums in Berlin.

Der Dichter Uwe Dick stellt sein Gedicht „Aus euren Augen glotzen einzig Münzen“ für eine begrenzte Druckauflage auf kostbarem Büttenpapier dem Forum zur Verfügung.

9. Im Januar 1977 richtet das Forum einen dringenden schriftlichen Appell an 230 Gemeinden der Landkreise Rosenheim, Traunstein, Mühldorf, Altötting und Berchtesgadener Land. Darin schreiben die Vorsitzenden Josef Heringer, Alfred Ringler und Hanns Thäle: „In tiefer Besorgnis um die Erhaltung unseres Lebensraums bitten wir Sie, Ihre ganzen Kräfte einzusetzen, um auf politischem Weg die Einleitung eines Raumordnungsverfahrens für ein Atomkraftwerk Rosenheim-Nord (Marienberg) zu verhindern.“

Unter OB Dr. Stöcker fasst der Rosenheimer Stadtrat 1978 auf Betreiben von Michael Kleeberger einen einstimmigen Beschluss gegen ein AKW in Marienberg. Sachliche Grundlage dafür bietet das sogenannte „Grüne Blatt“, das vom Rosenheimer Forum unter Federführung von Sepp Heringer zu einer großen Unterschriftenaktion herausgegeben wird.

Ein entsprechender Beschluss des Rosenheimer Kreistages folgt. Beide Beschlüsse dieser CSU-dominierten Kommunalparlamente richten sich indirekt auch gegen die AKW-Politik der Bayrischen Staatsregierung.

10. Es wird immer mal wieder behauptet, F.J. Strauss habe Marienberg verhindert, weil er in Rott am Inn wohnte. Wahr ist, dass nur auf massiven Druck aus der Bevölkerung hin 1989 die geplante WAA Wackersdorf aufgegeben und Marienberg 1999 klammheimlich aus dem bayrischen Standortsicherungsplan genommen wird, obwohl die gesamten Grundstücke schon gekauft und ein großes Umspannwerk gebaut ist.

11. Die Rosenheimer Hausfrau Elisabeth Stechl und die Physikerin und Bundeskanzlerin Angela Merkel haben Gleiches gewollt und erreicht: Die Abschaltung der Kernkraftwerke in Deutschland. Der feine Unterschied liegt darin, dass die Hausfrau das nicht beherrschbare Gefahrenpotential für Mensch und Mitwelt fast ein halbes Jahrhundert früher zu Ende gedacht hat als die Kanzlerin. Darum hat „die Lisl“ nach den Katastrophen von Tschernobyl und Fukushima einen Gedenkstein neben dem Rosenheimer Eisstadion bekommen.

12. Das Rosenheimer Forum ist so etwas wie ein freiwilliges Vorwarnsystem. Der frühere Stadtbaudirektor von Freiburg sagte uns in den Siebziger-Jahren anlässlich eines Besuches in seiner Stadt: „Wenn ich mein Städtebau-Forum nicht hätte, müsste ich es erfinden, denn wertvollste Anregungen kommen von dort.“

Es lohnt sich also, dem Volk aufs Maul zu schauen, auch wenn mal die Auffassungen sehr unterschiedlich sind.

Gemeinsam – im Sinne von Schoener-Fedrigotti – zu Ende gedachte Lösungen sind nicht ein Zeichen von Schwäche, sondern eines von Stärke und Souveränität.



Merkels Umschalten in der Atompolitik war ein starkes, wenn auch verspätetes Signal. Entsprechendes muss auch für eine zukunftsorientierte Stadtpolitik, gleich ob für die Stadtgestaltung, die erdrückende Verkehrsproblematik oder die Nahversorgung möglich sein.

Der Gesprächsfaden zwischen Bürgern und Politikern darf nicht abreißen. Entscheiden müssen dann ohnehin die Politiker.



Was heißt hier verdichten? Städtebau im Wandel

Peter Schweiker

In meinem Kurzvortrag kann dieses komplexe Thema selbstverständlich nur in Ansätzen und wenigen Thesen dargestellt werden. Dieses Thema war mir persönlich in meiner Arbeit im „Forum“ aber immer sehr wichtig.

Mit Alexander Mitscherlichs Veröffentlichung „Die Unwirtlichkeit unserer Städte“ wurden vor ziemlich genau 50 Jahren (also kurz vor Gründung des Forums) elementare Fragen zur Entwicklung unserer Stadtgesellschaft gestellt. Dieses Buch (und das nachfolgende: „Thesen zur Stadt der Zukunft“) hat eine ganze Generation geprägt und ist im historischen Rückblick für die Entwicklung der Bürgerbewegungen in Deutschland von entscheidender Bedeutung gewesen. Viele seiner Thesen - ausgehend von den Fehlern der Nachkriegsentwicklung haben auch heute noch Bestand.

- Verlust der Urbanität
- Missachtung des Bürgerwillens
- Dominanz des Profits
- Vorrang für den Individualverkehr
- Städtische Wohnentwicklung mit Zerstörung von Naturräumen

Zur Verdeutlichung möchte ich im Folgenden kurz die Entwicklungslinien des gesellschaftlichen und städtebaulichen Wandels nach Kriegsende darstellen:

Wiederaufbau in den 50er-Jahren

- Bekämpfung der Wohnungsnot
- Leitbild „gegliederte und aufgelockerte Stadt“
- Kleingeschossige Wohnsiedlungen im Grünen

Stadterweiterung in den 60er-Jahren

- Wirtschaftswachstum/Ausweitung der Industrialisierung und starkes Bevölkerungswachstum
- Ausbau der Verkehrsinfrastruktur
- öffentlich geförderter Mietwohnungsbau
- Großwohnsiedlungen am Stadtrand (Trabanten) und aufgelockerte EFH-Gebiete

Stadterneuerung in den 70er-Jahren

- Revitalisierung der Altbauquartiere durch Sanierung
- Bedeutungsgewinn des Denkmalschutzes
- Akzeptanz der Altbauten



Stadtumbau in den 80er-Jahren

- Wünsche für Eigenheime im Grünen steigen
- Öffentlich geförderter Mietwohnungsbau wird deutlich reduziert
- Verdichteter EFH-Bau
- Bürgerbeteiligungen gewinnen zunehmend an Bedeutung

Vielschichtige Stadtentwicklung ab den 90er-Jahren

- Leitbild „Nachhaltige Stadtentwicklung“
- Anhaltende Zuwanderung und Integration
- Revitalisierung der Innenstädte
- Demographischer Wandel
- Fortschreitende Zersiedelung (Strukturierung in Eigenheimgebiete, Wachsen der Peripherie mit Gewerbeansiedlungen)

Mit den Ausstellungen „Grün kaputt“ (Wieland) und „Profitopolis“ (Lembruck) sind weitere Themenfelder in den Mittelpunkt der Arbeitsfelder des Forums und vieler anderer Bürgerinitiativen gerückt worden:

- Verfall alter Baukulturen/Bauweisen
- Umgang mit der Natur
- Landverbrauch
- Verdichtung der Städte und Auswucherungen an der Peripherie durch Zuzug
- mehr Wohnraum pro Person

Wie an der Hintergrund-Grafik über die Bevölkerungsbestandsveränderung 2000 bis 2020 erkennbar, ist gerade der Raum Rosenheim als dauerhafte Zuzugsregion zu betrachten. Der Entwicklungsdruck auf die Stadt und Region ist enorm. Städtebauliche Leitbilder müssen ständig an neuere Entwicklungen wie z. B.

- demographische Veränderungen
- Auswirkung der zunehmenden Digitalisierung

angepasst werden.

Aus meiner Sicht werden diese beiden Aspekte in den Stadtentwicklungskonzepten und Regionalplanungen der Städte und Gemeinden zu wenig berücksichtigt.

So ist das Verschwinden der Stadtgrenzen, das Ausufern der Peripherien und der Verlust an Naturflächen für weitere Bebauungen ursächlich für den zunehmenden Verlust an „kultureller Identität“. Verdichtung findet heute nicht in den Innenstadtbereichen und Zentren statt, sondern zeigt sich vor allem an den Stadträndern.

Die Peripherie (auch Zwischenstadt genannt) von größeren Städten ist heute Versorgungslandschaft, geprägt von den Bedürfnissen der Städte, instrumentell überformt von Ver- und Entsorgungsfunktionen, gezeichnet von Auswürfen und Ablagerungen der städtischen Ökonomie.



Früher hätte die Beschreibung des Stadtrandes mit den Worten „vor den Toren...“ begonnen, hätten Landschaftsformation und Stadtsilhouette die Blicke des Sich-der-Stadt-Nähernden, des Aus-der-Stadt-Heraustretenden auf sich gezogen; heute dagegen ist Peripherie kaum noch ästhetisch/gestalterisch definiert, nur noch Zone eines Netzwerkes von Kommunikationssträngen.

Niemand weiß, wo Stadt endet und Peripherie beginnt; es gibt keine „Tore“ mehr. Sie ist der Ort der Übergänge, des Zerfließens unserer alten, ans Zentrum gewöhnten und vor allem europäischen Stadtvorstellung. Sie ist vom Auto beherrschte und von diesem abhängige antiurban verbaute Fläche, die immer von neuem über sich hinauswächst.

Fazit: Wir verdichten nicht da, wo es sinnvoll und vernünftig ist, sondern auf Flächen, die eigentlich freigehalten werden müssten.

Enden möchte ich mit dem Schweizer Architekten Rolf Keller:

„Ich verwüste die Erde, also bin ich.“

Darüber sollten wir weiter nachdenken.



Wenn Bürger sich beteiligen - Idee und Verwirklichung der Landesgartenschau

Claudia Grosse

Sie alle erinnern sich an die Landesgartenschau 2010.

Die meisten teilen wohl die Ansicht, dass sie Rosenheim nachhaltig positiv verändert hat. – Doch dürfte kaum jemand ihre Wurzeln kennen, ihre Geschichte. Ich möchte sie Ihnen erzählen, weil sie zeigt,

⇒ wie aus einer Vision, die viele für Spinnerei hielten, Realität wird und

⇒ was es braucht, damit aus einer Vision überhaupt Realität werden kann. (Zutaten)

Die LGS Rosenheim – Sie werden es kaum erraten – wurde 1998 in einem AK der kommunalen Agenda 21 geboren. Sie kam als Vision zur Welt.

Was war das? Agenda 21? Erinnern Sie sich noch, vielleicht ganz vage?

Lokale Agenda 21 – das war der Auftrag der Umweltkonferenz von Rio 1992 an die Kommunen der Welt, die von ihr formulierten Ziele einer nachhaltigen Entwicklung umzusetzen. Nachhaltig im Sinne der Agenda 21 bedeutet, alle Projekte einer Kommune müssen in gleichem Umfang

- sozial verträglich,
- ökonomisch dauerhaft und
- ökologisch tragfähig sein.

Doch zur Agenda 21 gehört eine weitere wichtige Säule, die kaum jemand mit ihr in Verbindung bringt: **Die Bürgerbeteiligung**

Art. 28 der Agenda 21 spricht von einem **Konsultationsprozess** - Achtung jetzt wird's spannend - bei dem die Kommunen von ihren Bürgern und von örtlichen Organisationen lernen und Informationen für geeignete Strategien zu einer nachhaltigen Entwicklung erhalten sollen.

Der Agenda-Prozess in Rosenheim war engagiert: Von Seiten der Bürger und der Stadt. Sie bot den Bürgern verlässliche Strukturen der Beteiligung;

- eine Geschäftsstelle beim Umweltamt der Stadt, mit engagierten Ansprechpartnern;
- einen Agenda-Rat, geleitet vom Dezernenten Herrmann Koch;
- eine Satzung - und last, not least,
- Mittel im städtischen Haushalt für die Arbeitskreise!

Vielleicht wirft der kurze Dialog zwischen OB Dr. Stöcker und Ludwig Gruber zu Beginn des Agendaprozesses ein Schlaglicht auf die damalige Aufbruchsstimmung in Sachen Bürgerbeteiligung: Der OB bat Ludwig, sich in der Agenda zu engagieren. Der hatte das eigentlich gar nicht vor, erwiderte aber nach kurzem Nachdenken:



"Nur wenn ich die Freiheit habe, auch Dinge zu sagen, die der offiziellen Stadt nicht recht sind." Die Antwort des OB: *„Darum möchte ich Sie ausdrücklich bitten.“*

Dr. Stöcker forderte alle am Agendaprozess Beteiligten auf, auch Gedanken zu äußern und zu diskutieren, die zunächst scheinbar keine Aussicht auf Erfolg hätten!

Doch bevor Sie sich jetzt verwundert die Augen reiben und fürchten, eventuell die Morgendämmerung der Bürgerbeteiligung verschlafen zu haben - ich kann Sie beruhigen: Schnell und einfach ging's auch damals nicht. Auch Dr. Stöcker tat sich schwer mit Visionen, um die er doch gebeten hatte.

Im August 1998 stellte der Arbeitskreis „Bauen und Wohnen“ unter der Leitung von Ludwig Gruber, dem OB und Dr. Antusch die Idee der LGS vor. Doch unsere Bitte, der Stadtrat möge eine Machbarkeitsstudie in Auftrag geben, fiel noch nicht auf fruchtbaren Boden. Die Stadt war damals noch nicht bereit, dafür 80.000 DM zu investieren. Für so eine langfristige Bindung, so der OB, sei der Stadtrat nicht zu gewinnen. Außerdem, so beide Herren, sei dieses Projekt zwar eine gute Idee doch wohl für Rosenheim zu groß und leider auch nicht zu finanzieren.

Dr. Antusch empfahl, die Idee fallen zu lassen und stattdessen ein Fassadenbegrünungsprogramm zu verfolgen!

Wir waren enttäuscht, ließen uns aber nicht entmutigen.

Da kam uns das Glück zu Hilfe:

Christine Beer, eine Studentin der FH Weihenstephan, wollte eine Diplomarbeit zum Thema „LGS in Rosenheim“ schreiben. Es gelang mit Hilfe von Helmut Cybulska, der uns immer unterstützte, die Stadt zu motivieren, dieses Angebot quasi als „Billigeinstieg“ in das Thema Landesgartenschau anzunehmen.

Die Diplomarbeit, vorgelegt im April 2000, erwies sich als wahrer Glücksfall. Sie war hochqualifiziert - und wir gingen mit ihr "hausieren":

Wir organisierten Vorstellungen des Konzeptes in der Stadtbibliothek, im Juli 2000 gab es einen Agenda-Workshop zum Thema Landesgartenschau, erste ernst zu nehmende Artikel erschienen in der Presse. Wir visualisierten die Idee, wo immer es ging:

Am Tag des Ehrenamtes, beim Umweltfest usw., wir stellten ein Holzpferd in einem alten Kahn in den Riedergarten, um ein erstes, für alle dauerhaft sichtbares Zeichen für die Landesgartenschau zu setzen.

Nachdem sich die Machbarkeitsstudie, die der Stadtrat 2001 dann in Auftrag gegeben hatte, ebenfalls überzeugend für die Landesgartenschau in Rosenheim aussprach, erfolgte 2003 endlich die ersehnte Bewerbung Rosenheims um die Landesgartenschau 2010. – Der Zuschlag ließ nicht lange auf sich warten.



Doch für die Landesgartenschau mussten wir weiterhin werben, denn die Stadt hatte sich bis Ende 2004 die Möglichkeit vorbehalten, den Zuschlag zurückzugeben. Die Meinung, die Gartenschau sei „nicht zu finanzieren“, war im Stadtrat immer noch weit verbreitet. Um breitere Unterstützung zu gewinnen, gründeten wir im April 2004 den Förderverein Landesgartenschau. Mitte 2004 beschloss der Stadtrat endlich, die Landesgartenschau auch durchzuführen.

Das Bürgerengagement ging weiter, für manche im Beirat der Landesgartenschau, für andere bei den zahlreichen Aktionen des Fördervereins, der am Ende das Bambushaus von Hans Bachinger finanzieren konnte, das heute noch in der Nähe des Innspitzes steht.

Natürlich erinnere ich gerne an die Geschichte der Landesgartenschau, auch weil sie eine Erfolgsgeschichte war, die am Ende alle begeisterte.

Doch wirklich wichtig ist mir die **Botschaft, die in dieser Geschichte steckt** - eine Botschaft an die Stadt, aber auch an uns:

Es braucht Visionen

⇒ Am Anfang jeder Veränderung steht eine Idee, eine Vision die meist zunächst abgelehnt, oft sogar bekämpft wird.

Damit Vision zu Realität werden kann

⇒ braucht es eine engagierte Gemeinschaft mit einem langen Atem, die den Einzelnen stärkt, wenn Frust und Enttäuschung sich breitmachen;

⇒ es braucht auch Kooperationspartner, wie wir sie seinerzeit in Herrn Cybulska und im Umweltamt hatten;

⇒ es braucht verlässliche Strukturen und eine Plattform für die engagierten Bürger. Beides bot uns damals der Agendaprozess, in dem unsere Ansprechpartner, unsere Rechte und unsere finanziellen Mittel klar definiert waren. Sogar der Stadtrat verpflichtete sich, uns hin und wieder zuzuhören.

Höchstwahrscheinlich hätte es ohne Agenda 21 mit diesen Beteiligungsstrukturen keine Landesgartenschau Rosenheim 2010 gegeben!

⇒ **Es braucht wechselseitigen Respekt und auch das Vertrauen der Stadt in ihre Bürger**

Fatal ist es, wenn neue Ideen z.B. aus parteipolitischem Kalkül oder persönlichen Gründen unterdrückt werden.

"Offenheit ist der einzig passende Schlüssel, um mit neuen Ideen umzugehen, und ihnen eine Chance zu geben", wie Ludwig Gruber nach der Landesgartenschau an unsere Oberbürgermeisterin schrieb.

Die Forderung, Ideen aus der Bürgerschaft zur Stadtgestaltung offen zu begegnen, hat nichts an Aktualität verloren!



Vielleicht sollte sich der Stadtrat hin und wieder daran erinnern, dass es Bürger, gemeinsam mit engagierten Einzelkämpfern in der Verwaltung waren, die die Landesgartenschau auf den Weg gebracht haben. – Dies schmälert die Verdienste der Stadt an der Landesgartenschau nicht.

In einer Zeit, in der aktuell Stadt und Bürger wechselseitig Kommunikationsdefizite beklagen, sollte sich auch das Forum daran erinnern, dass respektvolle Kommunikation der leichtere Weg zur Bürgerbeteiligung ist.

Wir müssen sie einfordern: mit langem Atem, möglichst vielen Mitstreitern, hart in der Sache, aber respektvoll im Umgang mit anderen.



Supermärkte braucht das Land

Rainer Heinz

Versorgen will sich jeder, möglichst alles an einem Platz in unmittelbarer Nähe und möglichst ohne Aufwand. Motto: vorne die dichte lebendige Stadt und hinten die ungestörte Natur - oder umgekehrt.

Einkaufszentren auf der Grünen Wiese wollen viele, weil dort das Angebot unbegrenzt erscheint, man mit dem Auto einfach hinfahren kann und das Versprechen gilt, viele Parkplätze zur Auswahl zu haben. Aber das hat Folgen. Die Innenstadt verliert wichtige Funktionen und die Nahversorgung in den Quartieren wird dünner. Wie schon auf dem Land, wo ohne Auto fast gar nichts mehr geht. Das wird dann zunehmend auch in der Stadt so werden. Der Verkehr nimmt zu, der dadurch verursachte Lärm-, Energie- und Flächenverbrauch nimmt auch zu, und die Lebensqualität nimmt folglich ab. Aber nicht genug. Die alte, schöne und vielgepriesene europäische Stadt entwickelt sich zu einer amerikanischen. Downtown ist nichts mehr los, wie auch in den Stadtteilen. Die Einkaufszentren laden nur zum Einkauf ein, alles andere bleibt auf der Strecke. Schön dass wir den Verkehr wenigstens mit sauberen, energiesparsamen Autos bewältigen, die immer größer, schneller und angeblich sauberer werden, und die uns laut Werbung Freiheit versprechen. CO2 neutral ist das nicht. Die Energiewende verschieben wir besser, denn die wäre ja unbequem, da müsste man ja umdenken, da dürfte man ja weniger mit dem Auto fahren.

Tante Emma, den Kolonialwarenladen der Vorkriegszeit, wollen wir nicht zurück, aber nachdenken was gut daran war, was verloren gegangen ist und was wir heute brauchen und wollen, was davon auch heute noch geht, das sollten wir schon.

Nahversorgung soll die Bürger mit dem versorgen, was diese kurzfristig, also täglich zum Leben benötigen. Möglichst auf kurzem Weg, erfahrungsgemäß mit ungefähr 10min Zeitaufwand. Autofahren ist damit nicht gemeint, auch wenn für viele eine 10minütige Autofahrt auch nah sein mag, für einen Fußgänger ist es das nicht. Nicht ohne Grund ist es das Ziel der Landesplanung eine verbrauchernahe Grundversorgung für Alle zu sichern, also bei Nahrungs-, Genussmittel und Getränke.

Für Alle, das heißt eben auch für Senioren, für Kinder und für Menschen die sich kein Auto leisten können oder wollen. Es geht daher um Wahlfreiheit, um Chancen und um Teilhabe, insbesondere bei einer älter werdenden Bevölkerung. Im weiteren Sinne also auch um Barrierefreiheit, das geflügelte und gerade äußerst populäre Wort.

Wer treibt die Entwicklung, wer will den großen Supermarkt?

Zum einen die Betreiber, die sich gegenüber der Konkurrenz durchsetzen wollen. Nachdem Kunden nun nur 1-mal Ihren Bedarf an Lebensmittel haben, und nicht 2- oder 3-mal, lässt sich der Einkauf naturgemäß nicht oder kaum erhöhen. Sie müssen



daher Ihre Wettbewerber ausstechen, wenn sie wachsen wollen. Das tun Sie, indem Sie einerseits an den Kosten sparen und andererseits den Umsatz steigern. Ein großer und zahlungskräftiger Kundenkreis mit 10-20000 Kunden ist wichtiger, als eine fußläufige Nähe abzudecken, für nur ein paar Tausend Kunden. Fläche ist derzeit leider noch immer auf der freien Wiese ausreichend verfügbar und politisch durchsetzbar. Diese ist dort schnell, unbürokratisch und nach Standard und somit billig zu bebauen. Anders in der Stadt, wo es Vieles zu berücksichtigen gilt und vielleicht auch Kompromisse einzugehen sind.

Zum anderen Projektentwickler, für die es einfach ihr Geschäft ist, Grundstücke gewinnbringend zu entwickeln, denen gesellschaftlichen Aspekte naturgemäß nicht sonderlich interessant sind.

Für Politiker, die damit vielleicht Wählerstimmen bekommen oder Lobbyisten gefallen.

Für Stadtplaner, die manchmal noch den Rezepten von Gestern folgen – Stichwort autogerechte Stadt, Trennung von Arbeit und Leben.

Wie kann dem entgegengesteuert werden?

Die politischen Gremien werden vom Souverän - den Bürgern - gewählt und legitimiert. Die Kommune hat das ausschließliche Planungsrecht über die Nutzung der Flächen. Sie, und nicht der Eigentümer bestimmt und plant über den Flächennutzungsplan und den Bebauungsplan wo, was wie möglich ist und was wo nicht. Sie steuert, wohin die Entwicklung gehen soll. Manche nennen das abwertend Planwirtschaft. Wohin es führt, wenn sich der Staat zurückzieht und die Entwicklung weitgehend dem Markt überlässt, hat sich z.B. in der Bankenkrise gezeigt. Stadtplanung darf nicht dem Markt überlassen werden, denn dann zählt meist nur der monetäre Gewinn, dann gewinnen nur die Starken.

Also, die Stadt und nur die Stadt, gibt die Flächen vor, wo die Supermärkte entstehen können. Die Stadt muss deshalb ein klares Ziel haben, muss vorausschauend planen und nicht auf Zuruf agieren.

Wenn es das Ziel der Stadt ist, allen Bürgern die Chance zu geben sich nah versorgen zu können, dann muss sie die notwendigen und möglichen Standorte der Nahversorgung in der gesamten Stadt, in den Quartieren genau festlegen. Sie muss untersuchen wo unter dem Aspekt der hier gemeinten Nahversorgung wirtschaftliche Betriebe bestehen und sich entwickeln können. Sie muss festlegen wo neue Standorte ergänzend möglich wären. Und sie muss folglich alle anderen Begehrlichkeiten auf Standorte, Grundstücke seitens Betreibern, Projektentwicklern und Lobbyisten einen Riegel vorschieben.

Wenn die Stadt ohne stringentes Konzept zur Nahversorgung, quasi auf Zuruf reagiert, werden wir am Schluss an den Ausfallstraßen nur noch 3-4 Einkaufszentren



haben, zu denen wir alle werden fahren müssen. Manche mögen das wollen, aber viele auch nicht.

Die zuletzt fast nicht mehr erwartete positive Entwicklung in Happing, die einen Neustart eines Stadtteilversorgers ermöglichte, damit die Quartiersmitte stärkte, wurde maßgeblich durch den Eigentümer geschaffen, massiv unterstützt durch die Bevölkerung, gegen die Planung eines neuen, aber für die Nahversorgung unnötigen, großflächigen Einzelhandels auf der Baywa- Wiese, wie wohl vom Stadtrat mehrheitlich präferiert. Ähnliches sollte auch im Rosenheimer Norden möglich sein.

Nahversorgung braucht das Land!

Dezentrale, möglichst kleine Strukturen, Nähe und Nachbarschaft.

„Bürger schreiben Stadtgeschichte“

Ein Kaleidoskop, 24. Juni 2016 Städtische Galerie Rosenheim



45 Jahre Rosenheimer Forum
für Städtebau und Umweltfragen e.V.



Rosenheimer Forum
für Städtebau und Umweltfragen e.V.

Rosenheimer Forum
für Städtebau und Umweltfragen e.V.
Postfach 100626
83006 Rosenheim

Beitrittserklärung

(Name, Vorname)

(Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)

(E-Mail Adresse)

Hiermit erkläre ich meinen / erklären wir unseren Beitritt zum Rosenheimer Forum für Städtebau und Umweltfragen e.V.

Ich verpflichte mich / wir verpflichten uns zu einem Jahresbeitrag in Höhe von _____ Euro (mindestens 15,00 Euro).

Die Beitragszahlung entrichte ich gemäß dem nachfolgenden SEPA-Lastschriftmandat.

(Ort, Datum und Unterschrift)

